



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Klaus Schlie (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Innenminister

Erwerbstätige in der öffentlichen Verwaltung

In einer Veröffentlichung des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 04. November, die auf Ursprungsdaten des Statistischen Bundesamtes basiert, wird dargelegt, dass Schleswig-Holstein die höchste Zahl von Erwerbstätigen in der öffentlichen Verwaltung je 1.000 Einwohner 1998 aller Bundesländer aufweist, und zwar 56. Dies bedeutet, dass Schleswig-Holstein rund 22% über dem Durchschnitt der Neuen Länder, 44% über dem Schnitt in Gesamtdeutschland, 47% über dem Durchschnitt der Alten Länder und z.B. 80% über der Zahl von Baden-Württemberg liegt (31 Erwerbstätige je 1.000 Einwohner).

Der Innenminister beantwortet die Kleine Anfrage für die Landesregierung wie folgt:

- Frage 1: Ist die angegebene Zahl für Schleswig-Holstein zutreffend?
Wenn ja, wie erklärt sich diese extreme Abweichung nach oben im Vergleich zu allen anderen Bundesländern?

Antwort: Die in der Vorbemerkung zitierten Zahlen entstammen dem Mikrozensus als statistischer Repräsentativerhebung auf der Grundlage ca. 1% aller Haushalte. Diese Zahlen sind für die Frage, wieviel Personal das Land Schleswig-Holstein und seine Kommunen je 1000 Einwohner beschäftigen, nicht aussagefähig, da sie nach dem Wohnort und nicht nach dem Arbeitsort regionalisiert sind und da nicht nach den Beschäftigungsbereichen Bund, Land, Kommunen oder Sozialversicherung unterschieden wird. Erfasst werden somit auch Personen, die in Schleswig-Holstein wohnen, aber bei einem Dienstherrn außerhalb Schleswig-Holsteins (z. B. Freie und Hansestadt Hamburg, Bund oder Bundeseisenbahnvermögen) beschäftigt sind.

Aussagekräftiger ist für diesen Zusammenhang die Statistik über den Personalstand. Diese Daten werden jährlich zum Stichtag 30. Juni bei allen Erhebungseinheiten des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände, der Sozialversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeit u. a. m. erhoben (ohne Wehrpflichtige). Regionalisiert wird dabei nach dem Arbeitsort, nicht nach dem Wohnort. Nur bei dieser Statistik kann eine Aussage über die im jeweiligen Land beschäftigten Bediensteten pro 1000 Einwohner getroffen werden. Und nur diese Zahlen können vom betreffenden Land durch personalpolitische Maßnahmen beeinflusst werden.

Das Institut der deutschen Wirtschaft wurde bereits schriftlich darauf hingewiesen, dass die veröffentlichten Zahlen über Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung nicht mit der Realität übereinstimmen. Der Mikrozensus als Repräsentativerhebung ist für eine derartige Veröffentlichung nicht geeignet, zumal mit der Personalstandsstatistik für den öffentlichen Dienst wesentlich aussagekräftigeres Datenmaterial des Statistischen Bundesamtes vorhanden ist. Das Institut der deutschen Wirtschaft wurde gebeten, die Zahlen in der nächsten Ausgabe ihres Informationsdienstes richtig zu stellen.

Nach dem bundeseinheitlich geregelten Verfahren zur Ermittlung des Personalstands in der öffentlichen Verwaltung beschäftigten das Land Schleswig-Holstein, seine Gemeinden, Ämter und Kreise und seine kommunalen Zweckverbände laut Angaben des Statistischen Landesamtes zur Jahresmitte 1998 zusammen 124 611 Menschen. Dies sind 45,1 je 1.000 Einwohner. Wie das Statistische Landesamt weiter mitteilt, liegt die vergleichbare Relation für Deutschland bei 49 und für die westdeutschen Bundesländer (ohne Berlin) bei 46 Beschäftigten.

Hinsichtlich der Relation der vom Land Schleswig-Holstein, seinen Gemeinden, Ämtern und Kreisen und seinen kommunalen Zweckverbänden beschäftigten Mitarbeiter zur Einwohnerzahl liegt Schleswig-Holstein sowohl unter dem Bundesdurchschnitt als auch unter dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer.

Frage 2: Wie sehen die Vergleichszahlen aller Bundesländer in der Entwicklung der vergangenen 10 Jahre aus?

Antwort: Die Daten der Personalstandstatistik ergeben sich aus den Seiten 1 bis 6 der Anlage. Von 1989 bis 1998 ist die Anzahl der Beschäftigten des unmittelbaren Landesdienstes in Schleswig-Holstein je 1.000 Einwohner von 28 auf 25 gesunken. Im Vergleich hierzu sank der Durchschnitt aller Bundesländer von 31 auf 29 Beschäftigte je 1.000 Einwohner (vergl. Seite 3 der Anlage). Die Anzahl der Beschäftigten des unmittelbaren Landesdienstes in Schleswig-Holstein verringerte sich damit überdurchschnittlich.

Die Daten, die auf der Basis des Mikrozensus erhoben worden sind, ergeben sich aus der Seite 7 der Anlage. Wie bereits in der Antwort zur Frage 1 erläutert, sind diese Zahlen für die aufgeworfene Fragestellung nicht verwendbar. Diese Daten sind erst ab 1995 verfügbar, da hinsichtlich der Beschäftigten erst seit diesem Zeitpunkt nach der derzeit geltenden Systematik der Wirtschaftszweige differenziert wird.

Frage 3: Welche konkreten Pläne liegen der Landesregierung vor, um dieser negativen Entwicklung wirkungsvoll zu begegnen?

Antwort: Die vom Fragesteller insinuierte negative Entwicklung gibt es nicht.